

Baur, Andreas

**Article**

## Geoökonomie und Außenwirtschaft – quo vadis EU?

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Baur, Andreas (2024) : Geoökonomie und Außenwirtschaft – quo vadis EU?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 77, Iss. 05, pp. 19-23

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/296225>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Andreas Baur

# Geoökonomie und Außenwirtschaft – quo vadis EU?

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen zehn Jahren grundlegend verändert. Das Brexit-Referendum im Jahr 2016 und der unter US-Präsident Donald Trump vom Zaun gebrochene Handelskrieg zwischen den USA und China waren bereits deutliche Zeichen dafür, dass Protektionismus und ökonomischer Nationalismus auch in westlichen Ländern zunehmend an Popularität gewinnen. Die Schwäche des regelbasierten, multilateralen Handelssystems wurde zudem durch die US-amerikanische Blockade des WTO-Streitschlichtungsmechanismus nochmals deutlich verschärft. Ein weiterer tiefgreifender Schock für die Weltwirtschaft war die Corona-Pandemie. Die mit ihr verbundenen weltweiten Lieferkettenstörungen führten vielerorts zu grundlegenden Zweifeln an der Stabilität globaler Lieferketten und ließen Bestrebungen nach einer stärkeren Regionalisierung oder gar Nationalisierung von Produktionsnetzwerken aufkommen. Fragen zu wirtschaftlicher »Resilienz« und »Abhängigkeit« sind seither ins Zentrum des wirtschaftspolitischen Diskurses gerückt. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine markierte schließlich insbesondere für die europäischen Außenwirtschaftspolitik eine tiefgreifende Zäsur. Mit dem Abbruch der russischen Gaslieferungen wurde aus europäischer Perspektive schmerzhaft deutlich, wie schnell sich Handelsbeziehungen als Waffe instrumentalisieren lassen. Aufgrund global wachsender geopolitischer Spannungen wachsen auch die Befürchtungen, dass wirtschaftliche Interdependenzen durch geopolitische Rivalen gezielt für wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen genutzt werden, um so politische Zugeständnisse zu erreichen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) konstatiert bereits erste Zeichen einer geoökonomischen Fragmentierung der Weltwirtschaft, in der der Handel zwischen geopolitischen Blöcken zunehmend eingeschränkt wird, um die Gefahr ökonomischer Erpressung zu verringern (Gopinath et al. 2024). Geoökonomie und Wirtschaftssicherheit prägen also zunehmend die Art und Weise, wie wir über Globalisierung denken und handelspolitisch agieren. Doch was bedeuten diese veränderten Rahmenbedingungen für die Außenwirtschaftspolitik der Europäischen Union (EU), deren Fundamente auf Offenheit, Multilateralismus und Kooperation beruhen? In Form von **vier Thesen** stellt dieser Beitrag grundlegende Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung der europäischen Außenwirtschaftspolitik zur Diskussion.

## IN KÜRZE

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen zehn Jahren grundlegend verändert. Wachsender Protektionismus und geoökonomische Spannungen stellen besonders für die EU eine große Herausforderung dar, deren Fundamente auf Offenheit, Multilateralismus und Kooperation beruhen. In Form von vier Thesen werden in diesem Beitrag grundlegende Überlegungen zur zukünftigen Ausrichtung der EU-Außenwirtschaftspolitik vorgestellt. Neben der sicherheitspolitischen Bedeutung wirtschaftlicher Verflechtungen wird die Rolle von Unternehmen für die Gestaltung von resilienten Handelsbeziehungen, der Nutzen industriepolitischer Maßnahmen sowie die Wichtigkeit der europäischen Geschlossenheit im geoökonomischen Wettbewerb diskutiert.

### DIE SICHERHEITSPOLITISCHE AMBIVALENZ WIRTSCHAFTLICHER VERFLECHTUNGEN MACHT EINEN AUSSENWIRTSCHAFTLICHEN BALANCEAKT ERFORDERLICH

Als im vergangenen Sommer die Bundesregierung ihre lang erwartete China-Strategie vorstellte, in der das De-Risking (Risikominderung) der deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen einen zentralen Platz einnahm, rief dies schnell die chinesische Botschaft in Deutschland auf den Plan. In einer Stellungnahme warnte sie eindringlich vor einer »Versicherheitlichung« und »Politisierung« von Handelsbeziehungen (Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland 2023). Und in der Tat scheinen sich nicht wenige die Zeit zurückzuwünschen, in der Geopolitik und ökonomischer Zwang schlicht kein Thema in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen waren. Doch gerade das Beispiel Chinas zeigt, dass sich die europäische Außenwirtschaftspolitik eine solche Nostalgie nicht leisten kann. Die Fälle, in denen die Volksrepublik in den vergangenen Jahren gezielt Wirtschaftsverflechtungen als politisches Druckmittel genutzt hat, sind vielfältig und gut dokumentiert (Reynolds und Goodman 2023).



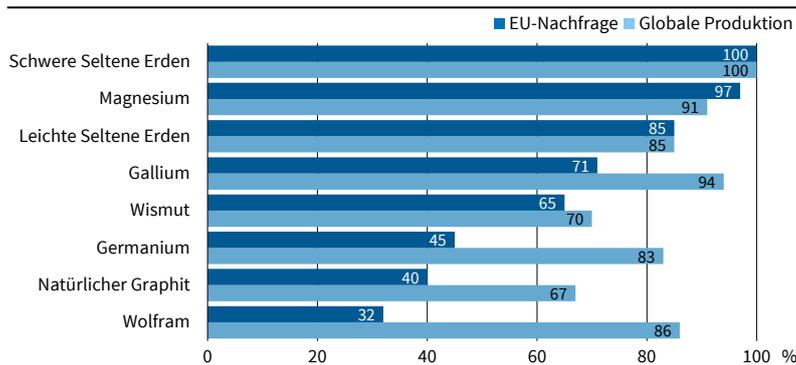
Andreas Baur

ist Doktorand am ifo Zentrum für Außenwirtschaft.

Abb. 1

**Strategische kritische Rohstoffe mit China als wichtigstem EU-Lieferant**

China-Anteil in %



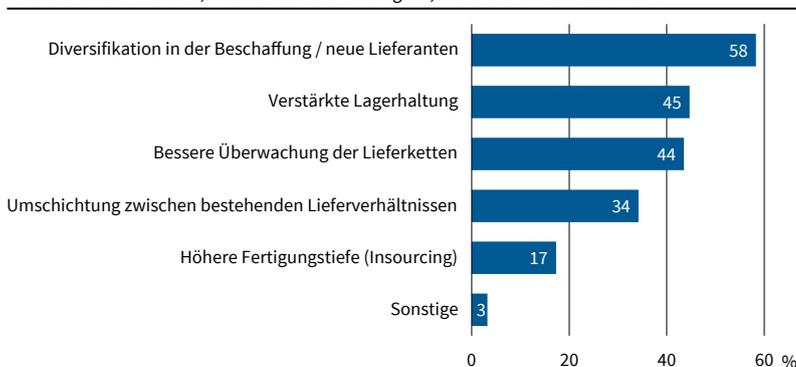
Quelle: Europäische Kommission (2023); Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 2

**Maßnahmen zur Verringerung des Risikos von Lieferkettenstörungen**

Verarbeitendes Gewerbe, Mehrfachantworten möglich, Anteil der Unternehmen in %



Quelle: ifo Konjunkturumfragen November 2023; Aksoy et al. (2024).

© ifo Institut

So sah sich beispielsweise das EU-Mitgliedsland Litauen mit massiven Einschränkungen seiner Exporte nach China konfrontiert, als es die Eröffnung einer diplomatischen Vertretung Taiwans in der litauischen Hauptstadt Vilnius im Jahr 2021 ermöglichte. Kritische Rohstoffe sind ein weiterer strategischer Flaschenhals (*chokepoint*), bei dem Peking bereits heute die Muskeln spielen lässt. Die EU ist bei einer Reihe von kritischen Rohstoffen von China als dominantem Zulieferer abhängig (vgl. Abb. 1). Im Juni 2023 hat China nun Exportkontrollen für Gallium und Germanium eingeführt, im Dezember folgten zusätzliche Exportkontrollen für Graphit. Die geoökonomischen Risiken, die mit der dominanten Stellung Chinas bei vielen kritischen Rohstoffen verbunden sind, lassen sich in diesem Kontext nur schwer ignorieren.

In einem vor kurzem veröffentlichten Buch schlägt der Vorstandsvorsitzende der Axel Springer SE, Mathias Döpfner, eine radikale Antwort auf die wachsenden geoökonomischen Risiken vor: Die gemeinsame wirtschaftliche Abkopplung aller Demokratien von autokratischen Staaten wie China in Form einer »Freiheitshandelsallianz« (Döpfner 2024). Die enormen wirtschaftlichen Kosten einer solchen Abkopplung leugnet er nicht, doch aus seiner Sicht seien diese Kosten als Preis für den »Schutz unserer Werte

und Souveränität« gerechtfertigt.<sup>1</sup> Kann man also die Kosten, die mit einem Abbruch der Handelsbeziehungen mit China und anderen Autokratien verbunden wären, als eine Art Versicherungsprämie gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche sehen?

Eine solche Sichtweise ignoriert die sicherheitspolitische Ambivalenz wirtschaftlicher Interdependenzen: Es ist zwar richtig, dass tiefgehende Handelsverflechtungen im Konfliktfall potenziell hohe Kosten verursachen können. Gerade aber aufgrund dieser Opportunitätskosten im Konfliktfall bieten gewinnbringende Handelsbeziehungen für beide Seiten wirtschaftliche Anreize zu kooperativem Verhalten.<sup>2</sup> Wenn man also die wirtschaftlichen Kosten eines De-Couplings von Autokratien als eine Art Versicherungsprämie zu rechtfertigen versucht, sollte man ebenfalls berücksichtigen, dass die Zahlung dieser Prämie tendenziell auch die Wahrscheinlichkeit für den Eintritt des Versicherungsfalls erhöht. Aufgrund dieses Trade-offs weist der von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen propagierte Ansatz eines zielgerichteten De-Risking grundsätzlich in die richtige Richtung: Die Verringerung von Abhängigkeiten in kritischen Bereichen sollte im Zentrum stehen, nicht der Rückbau von Handelsbeziehungen per se. Ein solches De-Risking aber konkret umzusetzen, ohne dabei protektionistische Partikularinteressen zu bedienen, stellt einen herausfordernden außenwirtschaftlichen Balanceakt dar.

**UNTERNEHMEN REAGIEREN AUF (GEOPOLITISCHE) RISIKEN – STAATLICHE EINGRIFFE BEDÜRFEIN EINER ÖKONOMISCHEN BEGRÜNDUNG**

In der Diskussion darüber, wie geopolitische und andere Risiken in Handelsbeziehungen reduziert werden können und wie die Widerstandsfähigkeit von Lieferketten gestärkt werden soll, stehen zumeist die Handlungsoptionen staatlicher Akteure im Vordergrund. Dabei wird häufig vergessen, dass die Unternehmen selbst ein großes Interesse an widerstandsfähigen Lieferketten haben, um kostspielige Lieferausfälle zu vermeiden. Eine kürzlich vom ifo Institut durchgeführte Unternehmensbefragung zeigt, dass ein Großteil der deutschen Firmen im vergangenen Jahr in die Resilienz ihrer Lieferketten investiert hat, um das Risiko von Lieferkettenstörungen zu senken (vgl. Abb. 2; Aksoy et al. 2024). Insbesondere die Diversifizierung von Zuliefererstrukturen, eine erhöhte Lagerhaltung sowie ein verbessertes Lieferketten-Monitoring standen dabei im Fokus der Unternehmen. Um die wirtschaftliche Sicherheit und Resilienz des europäischen Binnenmarkts zu stärken, besteht daher eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe darin,

<sup>1</sup> Die wirtschaftlichen Folgen verschiedener De-Coupling-Szenarien wurden zuletzt in mehreren Simulationsstudien des ifo Instituts analysiert (Baur et al. 2023; Dorn et al. 2022).

<sup>2</sup> Für eine weiterführende Diskussion siehe u. a. Thoenig (2023) und Copeland (2015).

geeignete Rahmenbedingungen für solche Unternehmensinvestitionen in die Widerstandsfähigkeit von Lieferketten zu schaffen. Ein wichtiger Baustein dafür sind verlässliche und stabile außenwirtschaftliche Bedingungen, die die Diversifizierungsbestrebungen von Unternehmen unterstützen.

Für umfassendere staatliche Eingriffe in Lieferketten ist dagegen maßgebend, inwiefern Firmen ausreichend Anreize haben, um die Widerstandsfähigkeit von Produktionsnetzwerken in einem gesellschaftlich gewünschten Maß zu gewährleisten. Erste ökonomische Arbeiten zu diesem Thema deuten darauf hin, dass die Antwort auf diese Frage komplex ist und stark von den jeweiligen Produktions- und Marktstrukturen abhängt (Grossman et al. 2023; Elliott und Golub 2022). Ein Marktversagen könnte z. B. dann vorliegen, wenn aus gesellschaftlicher Sicht Versorgungsengpässe bei bestimmten Produkten (z. B. Medikamente) deutlich schwerer wiegen als aus Sicht des einzelnen Unternehmens und sich somit die öffentliche Risikobewertung von der privatwirtschaftlichen deutlich unterscheidet (Baldwin und Freeman 2022). Auch wenn Unternehmen erwarten, dass sie im Fall von Lieferunterbrechungen oder dem Wegfall von Absatzmärkten staatlich unterstützt oder sogar gerettet werden (*too big to fail*), könnte dies ebenfalls zu einer – aus gesellschaftlicher Sicht – übermäßigen Abhängigkeit von einzelnen Zulieferern oder Absatzmärkten führen (Wissenschaftlicher Beirat beim BMWK 2023).

Diese Beispiele zeigen zum einen, dass staatliche Eingriffe zur Stärkung der Wirtschaftssicherheit in bestimmten Fällen ökonomisch begründet werden können. Sie machen aber ebenso deutlich, dass eine solche Begründung immer auch der Ausgangspunkt für die Ausgestaltung entsprechender wirtschaftspolitischer Maßnahmen sein sollte.

**WER ABHÄNGIGKEIT SAGT, MUSS NICHT ZWANGSLÄUFIG INDUSTRIEPOLITIK SAGEN**

Spätestens mit dem Beginn der Corona-Pandemie ist ein weltweites Wiederaufleben der Industriepolitik zu verzeichnen, das im vergangenen Jahr weiter an

Dynamik gewonnen hat (vgl. Abb. 3). Viele neue industriepolitische Initiativen werden dabei aus geo- und sicherheitspolitischen Gründen angestoßen und haben das Ziel, die Resilienz von Lieferketten zu stärken.

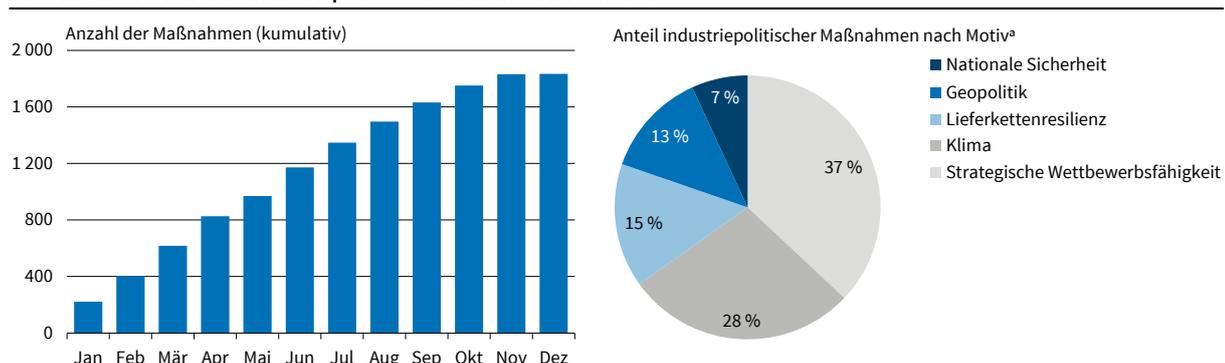
Der Fokus liegt dabei meistens auf Produkten, die aus wirtschaftspolitischer Sicht als »kritisch« betrachtet werden, weil sie beispielsweise als Vorleistungen für die heimische Wirtschaft nur schwer zu ersetzen sind, oder auf die aus anderen gesundheits-, ernährungs- oder sicherheitspolitischen Gründen nicht verzichtet werden kann. Wenn solche Produkte nur aus einem oder sehr wenigen Herkunftsländern bezogen werden, können einzelne Lieferausfälle hohe wirtschaftliche Kosten verursachen. Zudem besteht bei solchen kritischen Abhängigkeiten ein großes ökonomisches Erpressungspotenzial. Die Logik hinter dem Einsatz industriepolitischer Maßnahmen scheint daher naheliegend: Sie sollen die Produktion strategischer wichtiger Güter durch staatliche Subventionen oder protektionistische Maßnahmen im Inland sichern und somit kritische Abhängigkeiten abbauen.

Diese Argumentationslinie findet sich z. B. an zentraler Stelle im europäischen Net-Zero Industry Act wieder, der in Reaktion auf den US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA) konzipiert und im vergangenen April vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Das erklärte Ziel dieses Maßnahmenpakets ist es, den Zugang der EU zu wichtigen grünen Technologien, z. B. Solarpanele, Windräder und Batterien, dadurch zu sichern, dass mindestens 40% des europäischen Bedarfs durch eigene europäische Produktionskapazitäten gedeckt wird. Dies soll u. a. dadurch gelingen, dass Ausschreibungen sogenannte »Resilienz Kriterien« enthalten, durch die europäische Produzenten bevorzugt werden können – de facto eine »Buy European«-Klausel durch die Hintertür (Baur und Flach 2023).

Die Diagnose, dass hohe Abhängigkeiten von einzelnen Zulieferern bei bestimmten grünen Technologien bestehen, ist durchaus richtig. So stammen allein 95% der EU-Importe von Solarpanelen aus China. Aus solchen Abhängigkeiten folgt aber nicht zwangsläufig, dass die Sicherung inländischer Produktionskapazität-

Abb. 3

**Neue handelsverzerrende industriepolitische Maßnahmen im Jahr 2023**



<sup>a</sup> Bei Maßnahmen mit mehreren Motiven wurde jedes Motiv gleich gewichtet. Quelle: New Industrial Policy Observatory (NIPO); Berechnungen des ifo Instituts.

ten durch industriepolitische Maßnahmen im Sinne der wirtschaftlichen Sicherheit geboten ist. Eine solche Argumentation wäre ein klassischer Fall eines *non sequitur*, denn für die Stärkung der Wirtschaftssicherheit und dem Abbau von Abhängigkeiten stehen eine ganze Reihe von wirtschaftspolitischen Instrumenten zur Verfügung, die gegeneinander abgewogen werden müssen. Im Fall von Solarpanelen zeigen z. B. McWilliams et al. (2024), dass eine staatlich vorgeschriebene Lagerhaltung von Solarpanelen bereits einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftssicherheit leisten könnte und dabei deutlich kostengünstiger wäre als die direkte Subventionierung der heimischen Produktion. Darüber hinaus kann eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft mit verbessertem Recycling nicht nur im Fall von Solarpanelen die Abhängigkeiten von Importen aus dominanten Lieferländern reduzieren.

Grundsätzlich liegt der Schlüssel für die Stärkung der Wirtschaftssicherheit in vielen Fällen in einer Intensivierung des Außenhandels selbst. Denn um strategische Abhängigkeiten von dominanten Lieferländern zu reduzieren, bieten sich für die notwendige Diversifizierung in vielen Fällen nicht nur das Inland, sondern auch eine Vielzahl anderer Handelspartner an. Je breiter die Bezugsquellen von strategisch wichtigen Gütern gestreut sind, desto geringer ist schließlich das Risiko eines kompletten Lieferausfalls oder die Gefahr geökonomischer Erpressung. Aus diesem

Grund ist es auch im Sinne der Wirtschaftssicherheit von entscheidender Bedeutung, die Diversifizierung von Beschaffungs- und Absatzmärkten gezielt zu fördern. Eine Ausweitung des europäischen Netzwerks an Handelsabkommen kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten.

Gegenüber solchen Alternativen ist die industriepolitische Subventionierung der inländischen Produktion in vielen Fällen eine sehr teure und nicht immer zielführende Alternative für eine Gewährleistung der wirtschaftlichen Sicherheit. Auch wenn außenwirtschaftliche Abhängigkeiten im Einzelfall inländische Produktionskapazitäten notwendig machen sollten, sind sie keineswegs ein argumentativer Joker, der pauschal die selektive Subventionierung der heimischen Produktion rechtfertigt. Zudem spricht vieles dafür, industriepolitische Maßnahmen auf die Förderung von innovativen Produktionsprozessen und die Diffusion neuer Technologien auszurichten, anstatt bereits auf dem Markt etablierte Produktionsverfahren teuer zu subventionieren (IWF 2024).

**ENTSCHEIDEND IM GEOÖKONOMISCHEN WETTBEWERB: EUROPÄISCHE GESCHLOSSENHEIT**

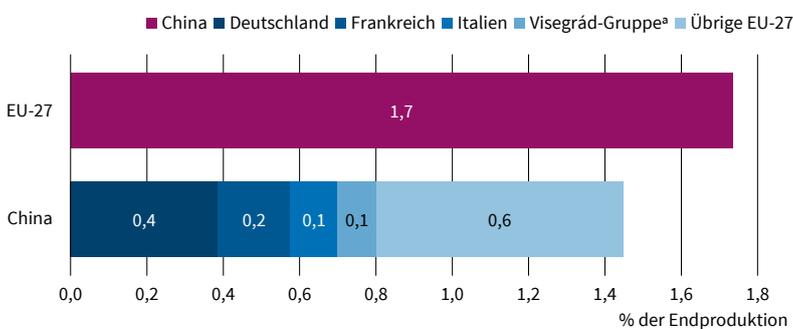
Durch die Schwächung des regelbasierten, multilateralen Handelssystems zählt auch in der globalisierten Wirtschaft immer häufiger die Macht des Stärkeren. Umso wichtiger wird dadurch die Geschlossenheit der Europäischen Union auf der außenwirtschaftlichen Bühne. Das Bewusstsein dafür, dass selbst »große« EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich oder Deutschland im internationalen Vergleich zunehmend an ökonomischem Gewicht verlieren und nur als geeintes Europa auf Augenhöhe mit den großen wirtschaftlichen Playern wie China oder den USA agieren können, scheint in den europäischen Hauptstädten allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt zu sein. Abbildung 4 und 5 veranschaulichen die Bedeutung europäischer Geschlossenheit am Beispiel der Handelsbeziehungen mit China. Alle europäischen Mitgliedstaaten zusammen sind aus chinesischer Perspektive als Handelspartner ähnlich wichtig wie spiegelbildlich China für die EU.

Auf der Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten ergeben sich dagegen klare Asymmetrien in der gegenseitigen ökonomischen Bedeutung. Selbst Deutschland als größte EU-Volkswirtschaft spielt für China als Absatz- und Beschaffungsmarkt nur eine vergleichsweise begrenzte Rolle (Baur und Flach 2022). Solche Asymmetrien auf Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten erhöhen das geökonomische Erpressungspotenzial und sind der Grund, weshalb Uneinigkeit und nationale Alleingänge die europäische Wirtschaftssicherheit nachhaltig schwächen. Wenn die Europäische Union dagegen geschlossen agiert und mit einer Stimme spricht, kann sie die europäischen Interessen auf internationalere Ebene wirkungsvoll vertreten und ist ein attraktiver strategischer Partner. Zudem erhöht

Abb. 4

**EU-China: Gegenseitige Bedeutung als Beschaffungsmarkt**

Importierte Vorleistungen nach Wertschöpfungsursprung (in % der Endproduktion)



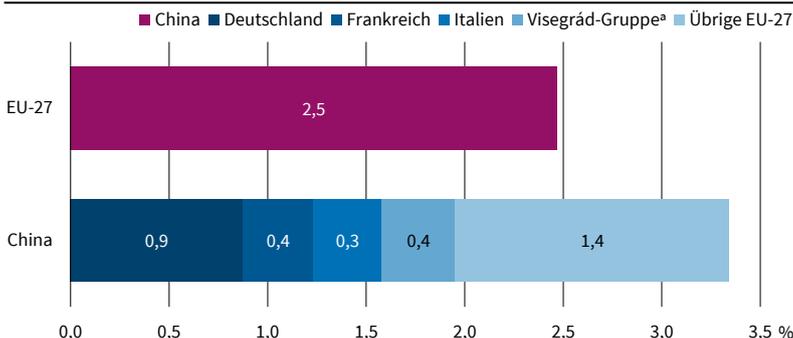
<sup>a</sup> Die Visegrád-Gruppe umfasst Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Quelle: ADB MRIO 2023; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 5

**EU-China: Gegenseitige Bedeutung als Absatzmarkt**

Wertschöpfungsexporte nach Absatzmarkt (in % des BIP)



<sup>a</sup> Die Visegrád-Gruppe umfasst Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn. Quelle: ADB MRIO 2023; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

sich auch die europäische Abschreckung gegenüber wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen von Drittländern, wenn potenzielle Aggressoren mit einer einheitlichen und koordinierten Gegenreaktion der europäischen Mitgliedstaaten rechnen müssen.

## SCHLUSSBETRACHTUNG

So falsch es ist, die sicherheitspolitische Dimension der europäischen Außenwirtschaftsbeziehungen zu ignorieren, so falsch wäre es, die Weltwirtschaft ausschließlich als eine weitere geopolitische Arena zu sehen.

Der Außenhandel mit Ländern außerhalb Europas ist ein zentraler Faktor für den europäischen Wohlstand und insbesondere für die europäische Industrie von großer Bedeutung. So hängen allein 32 % der Industriearbeitsplätze und 36 % der industriellen Wertschöpfung in der EU vom Export in Nichtmitgliedstaaten ab.<sup>3</sup> Daher ist es gerade aus europäischer Perspektive wichtig, sich in den Außenwirtschaftsbeziehungen nicht ein grundsätzliches geoökonomisches Nullsummendenken aufzwingen zu lassen, das die Gefahr protektionistischer Eskalationsspiralen in sich trägt.

Der nationale US-Sicherheitsberater Jake Sullivan sprach zuletzt häufiger von einem kleinen Garten (*small yard*) in den Außenwirtschaftsbeziehungen, der aus sicherheitspolitischen Gründen von einem hohen Zaun (*high fence*) eingegrenzt werden müsse, wobei der überwiegende Teil der Außenwirtschaft davon nicht betroffen sein soll. Diesen kleinen Garten mit Augenmaß festzulegen und die möglichst intelligent aufgestellten Zäune transparent nach außen zu kommunizieren, wird eine der zentralen Aufgaben der europäischen Außenwirtschaftspolitik in Zukunft sein. Darüber hinaus ist es trotz oder gerade wegen erster Anzeichen einer geoökonomischen Fragmentierung der Weltwirtschaft im ureigenen Interesse der EU-Mitgliedstaaten, sich auch weiterhin für offene Weltmärkte und ein faires, regelbasiertes Handelssystem gemeinsam einzusetzen.

<sup>3</sup> Diese Statistiken beruhen auf den von Eurostat bereitgestellten Figaro-Tabellen und beziehen sich auf das Jahr 2021.

## REFERENZEN

- Aksoy, C., A. Baur, L. Flach und B. Javorcik (2024), »Lieferketten nach Corona: Welche Prioritäten setzen deutsche Unternehmen?«, *ifo Schnelldienst digital* 5(1).
- Baldwin, R. und R. Freeman (2022), »Risks and Global Supply Chains: What We Know and What We Need to Know«, *Annual Review of Economics* 14, 153–180.
- Baur, A., F. Dorn, L. Flach und C. Fuest (2023), »Rethinking Geoeconomics: Trade Policy Scenarios for Europe's Economy«, *EconPol Policy Report* 44.
- Baur, A. und L. Flach (2023), »Mehr Merkantilismus für mehr Klimaschutz?«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. April 2023.
- Baur, A. und L. Flach (2022), »Deutsch-chinesische Handelsbeziehungen: Wie abhängig ist Deutschland vom Reich der Mitte?«, *ifo Schnelldienst* 75(4), 56–65.
- Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland (2023), »Stellungnahme des Botschaftssprechers zur »China-Strategie der Bundesregierung«, 14. Juli 2023, verfügbar unter: [http://de.china-embassy.gov.cn/det/sgyw/202307/t20230715\\_11113640.htm](http://de.china-embassy.gov.cn/det/sgyw/202307/t20230715_11113640.htm).
- Copeland, D. (2015), *Economic Interdependence and War*, Princeton University Press, Princeton und Oxford.
- Döpfner, M. (2024), *Der Freiheitshandel: Warum Geschäfte mit Diktatoren die Demokratie gefährden*, Plassen Verlag, Kulmbach.
- Dorn, F., L. Flach, C. Fuest und L. Schechenhofer (2022), »Langfristige Effekte von Deglobalisierung und Handelskriegen auf die deutsche Wirtschaft«, *ifo Schnelldienst* 75(9), 27–34.
- Elliott, M. und B. Golub (2022), »Networks and Economic Fragility«, *Annual Review of Economics* 14, 665–696.
- Europäische Kommission (2023), »Study on the Critical Raw Materials for the EU 2023 – Final report«, Publications Office of the European Union, Luxemburg.
- Gopinath, G., P.-O. Gourinchas, P. Topalova und A. Presbitero (2024), »Changing Global Linkages: A New Cold War?«, *IMF Working Paper* 2024/076.
- Grossman G., E. Helpman und H. Lhuillier (2023), »Supply Chain Resilience: Should Policy Promote International Diversification or Reshoring?«, *Journal of Political Economy* 131(12), 3462–3496.
- Internationaler Währungsfonds (IWF) (2024), »Chapter 2: Expanding Frontiers: Fiscal Policies for Innovation and Technology Diffusion«, *Fiscal Monitor April* 2024.
- McWilliams, W., S. Tagliapietra und C. Trasi (2024), »Smarter European Union Industrial Policy for Solar Panels«, *Bruegel Policy Brief* 02/2024.
- Reynolds, M. und M. Goodman (2023) »Deny, Deflect, Deter: Countering China's Economic«, *A Report of the CSIS Economics Program*, verfügbar unter: [https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2023-03/230321\\_Goodman\\_CounteringChina%27s\\_EconomicCoercion.pdf](https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2023-03/230321_Goodman_CounteringChina%27s_EconomicCoercion.pdf).
- Thoenig, M. (2023), »Trade Policy in the Shadow of War: A Quantitative Toolkit for Geoeconomics«, CEPR Discussion Paper 18419.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (2023), »Leitplanken zur Stärkung der Versorgungssicherheit«, 12. Oktober 2023, Berlin.